

Landtagswahl 2022: Forderungen für ein soziales Saarland

Für die neue Landesregierung – Zentrale Handlungsbedarfe im Saarland von 2022-2027

Das Saarland steht vor großen Herausforderungen. Die politischen Handlungsbedarfe dabei nur auf Wirtschaft, Arbeitsplätze, Klima-Anpassung und Einhaltung der Schuldenbremse zu reduzieren, ist falsch und gefährlich. Der **Bevölkerungsrückgang**, insbesondere bei der jüngeren Generation, der dramatische Anstieg der Zahl der älteren, insbesondere der hochbetagten Menschen, die bundesweite Spitzenstellung beim **Anstieg pflegebedürftiger und mehrfach-kranker Menschen**, die **Zunahme der Ein-Personen-Haushalte** ohne unmittelbare Hilfen im Notfall auf mehr als 50 Prozent werden das Alltagsleben der Saarländerinnen und Saarländer sehr bald und sehr viel mehr beeinträchtigen als die ökologischen und ökonomischen Herausforderungen zusammen.

Die Kluft wächst! Die **Zahl der pflegebedürftigen Menschen** übersteigt in wenigen Jahren die 80.000. Gleichzeitig sinkt dramatisch **das Potenzial „helfender Hände“ in den Familien** und in **der professionellen Versorgung**, die **Wohnbedarfe** bekommen eine **völlig neue Dimension**, die **traditionelle Gesundheitsversorgung wird die** steigenden und differenzierter werdenden **Anforderungen nicht erfüllen** können und die „**Hilfe zur Pflege**“, die von den Kommunen zu finanzieren ist, wird in kurzer Zeit zur „**Fiskalklippe der Kommunalfinanzen**“.

Dem VdK Saarland geht es mit dieser **Akzentuierung der Problemlagen** keineswegs um eine alternative Priorisierung der politischen Handlungsbedarfe. Dem **Sozialverband**, in den bald mehr als 55.000 Saarländerinnen und Saarländer Hoffnung auf eine eindeutige Vertretung ihrer sozialen Interessen setzen, geht es um **gleichrangige Problemsichten und gleichwertige Problemlösungen**. Wir wollen drohende soziale Zerklüftungen vermeiden, Standortnachteilen vorbeugen und soziale Brüche mit negativen Folgen für unser Zusammenleben verhindern.

Neben vielen **neuen Anforderungen** an einen sozial gerechten und vorsorgenden Sozialstaat, warten außerordentlich viele, seit **langem bekannte nicht gelöste soziale Probleme** auf ihre baldige sachgerechte Bearbeitung.

Im Saarland gibt es bisher wenig kreative Dynamik, die Sektorengrenzen in der **traditionellen Gesundheitslandschaft** zu überwinden. Auch dadurch wachsen die Versorgungslücken in der medizinischen und therapeutischen Versorgung, insbesondere in ländlichen Gemeinden. Gerade die multiprofessionellen Versorgungsbedarfe der älter werdenden und mehrfachkranken Menschen werden immer weniger befriedigt. Die Unzufriedenheit mit langen Wartezeiten, Versorgungslücken, Personalengpässen und Leistungsverweigerungen steigt und die Zahl der hilflosen Menschen mit schweren Erkrankungen und völlig unzureichend organisierter Nachsorge führt zunehmend zu gesellschaftlichem **Frust und politischen Aggressionen**. Da ist **Abhilfe dringend notwendig!**

Obwohl im Saarland weit über Bedarf in vielen Medizin- und Pflegeberufen ausgebildet wird, gibt es vielerorts einen gravierenden **Mangel an Fachpersonal**. Da bieten sich Problemlösungen geradezu an.

Die drängenden **sozialen Handlungsbedarfe** gehen weit über Gesundheit und Pflege hinaus. Die **Armutsquote**, insbesondere **bei Kindern und Familien**, ist die zentrale Sackgasse für den mangelnden sozialen Aufstieg und die Ursache für die dauerhafte Abhängigkeit vieler Saarländerinnen und Saarländer von öffentlicher Alimentierung. Die Zahl **langzeitarbeitsloser Menschen** prägt zwar seit Jahren die Beschäftigungsstatistik, provoziert aber bisher **keine nachhaltigen Lösungen** mittels offensiver Nachqualifikation und dauerhaft öffentlich geförderter Beschäftigung. Auch die im Vergleich mit anderen Bundesländern viel **geringere Lebenserwartung** der Saarländerinnen und Saarländer bewirkt derzeit keinen Aufbruch in der sozialen und gesundheitlichen Prävention oder wenigstens im Aufspüren der Ursachen dieses eklatanten Standortnachteils. Unstreitig – **es gibt viel zu tun!**

Ein soziales Saarland ist nötig und möglich! Der Sozialverband VdK Saarland zeigt den Weg und gibt Impulse. Jetzt vor der Landtagswahl und danach – immer wieder!

*Wir danken den **ehrenamtlichen Impulsgebern aus neun Arbeitsgruppen unseres sozialpolitischen Expertenpools**, die in mehr als zweijähriger Arbeit die soziale Lage der Menschen im Saarland analysiert, sie mit nationalen und internationalen Entwicklungen verglichen und auf die dringenden Handlungsbedarfe in unserem Land konzentriert haben. Aus den vielen kompetenten Positionen und Argumenten musste eine Auswahl getroffen werden. Dennoch ist daraus ein großes Handlungspaket geworden. Dieses sollte handlungsleitend für die neue Landesregierung in der Koalitionsvereinbarung und im Regierungsalltag 2022 – 2027 sein.*

*Danke allen Mitstreitern, die zu diesem Forderungskatalog beigetragen haben, insbesondere **Wolfgang Lerch, Birgit Mohns-Welsch, Martin Eifler †, Nikolaus Bertelt, Dr. Susann Breßlein, Prof. Dr. Daniel Bieber, Wolfgang Steiner, Ikbal Berber, Karin Lawall und Armin Lang** sowie unseren hauptamtlichen Referentinnen **Myriam Choblet und Maria Wimmer**.*

Kontakt:

Referat Sozialpolitik

Telefon: 0681 58459-420

E-Mail: sozialpolitik.saarland@vdk.de

www.vdk.de/saarland

Gesundheit und Pflege

Vor uns liegt eine **demografische Krise**, deren Herausforderungen mindestens so groß sind wie die der **Klimakrise**. Dafür fehlt leider noch das politische Bewusstsein. **Gesundheit ist das höchste Gut** für jeden Menschen und **Langzeit-Pflege** ist zunehmend eine gravierende Belastung und Lebenseinschränkung, die immer mehr Menschen betrifft – direkt und indirekt. Sie ist schon lange **kein „Minderheiten-Thema“** mehr. Sie wächst zunehmend in eine wahlentscheidende Größe.

Sichere Versorgung garantieren – nicht um Betten streiten

Eine qualitativ hochwertige und bedarfsdeckende medizinische, therapeutische und pflegerische Versorgung ist in einer älter werdenden Gesellschaft zunehmend ein Standortfaktor für Gemeinden und Regionen.

Im Saarland droht eine zunehmende Unterversorgung: Die **Hausärzte** zählen mit durchschnittlich 56 Jahren zu den ältesten bundesweit. Derzeit bildet unsere Universität mehr Ärztinnen und Ärzte aus, als im Land gebraucht werden. Doch **junge Ärztinnen und Ärzte** wollen lieber mit **planbaren Arbeitszeiten** angestellt tätig sein als freiberuflich arbeiten. Sie suchen das fach- und sektorenübergreifende medizinisch-therapeutische Versorgungsteam, welches sie im Saarland viel zu selten finden. Dabei brauchen die Menschen in unserer älter werdenden Gesellschaft mit den dominierenden mehrfach- und chronischen Erkrankungen immer häufiger die komplexe multiprofessionelle Versorgung.

Auch die **stationäre medizinische Akutversorgung** ist von ständigen Krisen gekennzeichnet. Überraschende Klinikschließungen, Führungskrisen, Personalmangel, unkoordiniertes Nebeneinander in der medizinischen Versorgung, nicht abgestimmte Investitionsentscheidungen, die Fehlleitung von Krankenkassenleistungen für Personal und Versorgungsqualität in Bauinvestitionen aufgrund unzureichender Investitionsförderung durch die Landesregierung, der daraus folgenden Personalabbau in den Kliniken und vieles mehr dominieren die Lage. Es gibt **kein systematisches Miteinander von ambulanter und stationärer Versorgung**. Nicht bedarfsnotwendige Mehrfachuntersuchungen, fehlende Gesamtversorgungskonzepte für schwerkranke Patientinnen und Patienten, überalterte Medizintechnik, unzureichende digitale Kommunikation aufgrund fehlender Ausstattung und Kompetenzen beeinträchtigen die Versorgungssicherheit und -Qualität. Eine wirklich große Baustelle!

Die neue Bundesregierung strebt einen „**Bund-Länder-Pakt**“ für die Lösung der großen medizinischen Versorgungsprobleme in Deutschland an. Die nächste saarländische Landesregierung muss schnellstens den „**Saarländischen Versorgungspakt – Mehr Gesundheit für alle Saarländerinnen und Saarländer**“ mit den Klinikträgern, den gesetzlichen Krankenkassen, der Kassenärztlichen Vereinigung, dem Landespflegerat, der Saarländischen Pflegegesellschaft und den kommunalen Gebietskörperschaften auf den Weg bringen und mit kompetenter Führung die prioritären Handlungsbedarfe im Saarland aufzeigen und dringende nötige Veränderungen schnellstens verwirklichen. Unser Nachbarland ist bereits auf diesem Weg und andere Bundesländer ebenso. Vorrang muss die Sicherstellung der **bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung vor Ort** haben, bei der ambulante und stationäre medizinische, therapeutische und pflegerische Angebote ineinandergreifen.

Nötig sind **regionale Gesundheitszentren**, in denen Ärzte unterschiedlichster Fachrichtungen, Pflegedienste und Therapieangebote mit einer gemeinsamen Termin- und Ablaufplanung, abgestimmter medizinisch-technischer Ausstattung und verbindlichen Kooperationen mit Akut- und Reha-Kliniken aller Versorgungsstufen organisiert sind. Mit einem **Landesprogramm zur Förderung solcher Zentren** kann die flächendeckende Versorgung auch dann gewährleistet werden, wenn die Anzahl der saarländischen Kliniken aufgrund qualitativer Anforderungen weiter zurückgeht.

Die nächste Landesregierung muss aus der Krankenhausplanung eine **regionale Gesundheitsplanung** machen und für eine langfristig angelegte ausreichende Finanzierung der bedarfsnotwendigen Vorhaben sorgen. Das **Krankenhaus-Investitionsbudget** im Landeshaushalt muss für regionale ambulant-stationäre, medizinische, therapeutische und pflegerische Versorgungsstrukturen geöffnet und ergänzend ausgestattet werden. Ein Stab kompetenter Fachkräfte im Ministerium muss dafür sorgen, dass möglichst viele **Fördermittel von der Bundesebene und der EU zur Optimierung der medizinischen Versorgung** ins Saarland fließen.

Personal im Saarland halten und reaktivieren – mehr ist möglich!

In allen Bereichen der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung gibt es gravierenden **Personalmangel**. Es muss Ziel der nächsten Landesregierung sein, gemeinsam mit den Pflege- und Gesundheitsanbietern sowie den Kostenträgern eine **Strategie** zu entwickeln und umzusetzen, um medizinisches, therapeutisches und pflegerisches Personal im Saarland **bedarfsgerecht auszubilden und nach Studium und Ausbildung im Beruf und im Saarland zu halten**. Dazu gehört auch das Angebot kostenfreier ausbildungsintegrierter Studiengänge für Pflege- und Therapieberufe mit vergüteter Berufspraxis während der Ausbildung.

Ebenso wichtig ist ein **Rückkehrer-Programm für Fachkräfte**, die aus unterschiedlichsten Gründen derzeit anderen Tätigkeiten nachgehen. Die Landesregierung muss diese Profis **für eine zukunftsorientierte medizinische und pflegerische Versorgungswirklichkeit im Land begeistern** und ihnen auch die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen**. Gleiches gilt für die zugewanderten Menschen, die Interesse an pflegenden und helfenden Berufen haben.

Patientenrechte stärken – Patienteninteressen vertreten

Gerade für Menschen in schwierigen Lebenssituationen ist ein kompetenter und unabhängiger Ansprechpartner in medizinischen Fragen äußerst wichtig. Analog zur Berufung des **Landesbehindertenbeauftragten** sollte vom Landtag zukünftig auch ein **Patientenbeauftragter für das Saarland** berufen und mit gleichen Befugnissen und Ressourcen ausgestattet werden. Der **Landespflegebeauftragte** sollte zukünftig in gleicher Weise berufen werden.

Da die Ampel-Koalition auf Bundesebene zukünftig wieder eine flächendeckende **unabhängige Patientenberatung** schaffen will, fordern wir die Landesregierung auf, dafür zu sorgen, dass es im Saarland möglichst bald wieder eine **unabhängige Patientenberatungsstelle** gibt, die über medizinische, juristische und soziale Kompetenz verfügt.

Mit Versorgungsmanagement nachhaltig Gesundheit sichern

Gemäß Sozialgesetzbuch V hat **jeder Patient und jede Patientin** einen **Anspruch auf Versorgungsmanagement** insbesondere **zur Lösung von Problemen beim Übergang in die verschiedenen Versorgungsbereiche**.

Die betroffenen Leistungserbringer haben für eine **sachgerechte Anschlussversorgung** zu sorgen und die dazu erforderlichen Fakten zur Verfügung zu stellen. Dies gilt ganz **besonders für die Krankenhausbehandlung**, die ein umfassendes **Entlassmanagement zur Unterstützung einer sektorenübergreifenden Versorgung** vorhalten muss. Schwer kranke Menschen brauchen diese umfassende Versorgung. Das über die Einrichtungen des Gesundheitswesens aufsichtführende **Sozialministerium** muss – gegebenenfalls unter Nutzung von Sanktionen – **dafür sorgen, dass die Patienten saarlandweit** aus allen Kliniken **nie mehr ohne bedarfsgerechte Nachsorge-Organisation entlassen werden**.

Nachteile ausgleichen – Not verhindern – Gesetzliche Krankenversicherung für Beamte
Insbesondere im einfachen und mittleren Dienst steigt die Zahl der Beamten, die ihre ständig steigenden **Beiträge zur privaten Krankenversicherung**, ergänzend zur staatlichen Beihilfe, **nicht mehr aufbringen können** oder aufgrund schwerer Vor-Erkrankungen oder Behinderungen von einer privaten Krankenversicherung überhaupt **nicht aufgenommen werden**. Dann bleibt für diese Menschen nur die gesetzliche Krankenversicherung, aber ohne den hälftigen Anteil des Arbeitgebers zu den Krankenversicherungsbeiträgen. Diese Last übersteigt das Leistungsvermögen dieser Beamten zunehmend. Die Lösung dieser großen sozialen Not, insbesondere bei den Beamten im einfachen und mittleren Dienst, ist in einigen deutschen Bundesländern, wie z. B. in Hamburg und in Sachsen, längst geregelt.

Der VdK Saarland fordert, dass auch **jeder saarländische Beamte** gesetzlich die Möglichkeit eingeräumt bekommt, **ohne finanzielle Mehrbelastung Mitglied einer gesetzlichen Krankenversicherung** zu werden. Der saarländische Landtag muss die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die **Beihilfe pauschalisiert als hälftiger Beitrag des Arbeitgebers zur gesetzlichen Krankenversicherung** umgewidmet werden kann.

Vergessene Kranke – neu ins Blickfeld nehmen

Die Zahl der Menschen mit psychischen Erkrankungen steigt. Immer häufiger sind psychische Krisen die Ursache von Langzeiterkrankungen, von Dauer-Krankmeldungen in Betrieben, von Schul- und Berufsscheitern mit allen sozialen Folgen bis hin zu gefährlicher Aggression, verwerflicher Wohnungslosigkeit und Verarmung.

Das Saarland war in den neunziger und frühen Zweitausender Jahren des letzten Jahrhunderts mit einer **konsequenten Dezentralisierung und Regionalisierung der klinischen Versorgung**, mit niedrighwelligen ambulanten, komplementären und integrativen Therapie- und Betreuungsangeboten **„Modell-Land in der Versorgung psychisch kranker Menschen“**. Auch die kommunalen Gebietskörperschaften sorgten für **Angebote in der „gemeindenahen Psychiatrie“**. Hier ist Vieles verlorengegangen. Ein **Bericht zur aktuellen Lage** psychisch kranker Menschen im Saarland schlummert in den Schubladen des zuständigen Ministeriums. Eine in der letzten Koalitionsvereinbarung versprochene **„Psychiatrie-Enquete“** im Saarländischen Landtag wurde, obwohl neue Versorgungsbedarfe drängen, **nie eingesetzt**.

Der Sozialverband VdK Saarland fordert von der neuen Landesregierung schnellstens ein bedarfsgerechtes **Handlungsprogramm zur Vermeidung psychischer Erkrankungen** in Kindertagesstätten, Schulen, Betrieben und Gemeinden, **zur frühzeitigen Diagnose und bedarfsgerechten Therapie**, zur Sicherstellung wohnortnaher **Hilfen bei Krisensituationen** und zur würdigen Begleitung chronisch kranker Menschen in ihrer vertrauten Umgebung.

Prävention statt Langzeitpflege

Im Saarland gibt es besonders **viele Menschen mit chronischen Erkrankungen und eine vergleichsweise geringe Lebenserwartung**. Dennoch darf „Altwerden“ nicht zwangsläufig mit „Pflegebedürftigkeit“ gleichgesetzt werden.

Das Saarland braucht dringend eine **Offensive zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit**. Mit flächendeckenden präventiven Angeboten muss die Landesregierung darauf hinwirken, gesundes Älterwerden im eigenen Zuhause zu fördern. In der früheren Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene war hierzu bereits der **präventive Hausbesuch** bei älteren Menschen vorgesehen. Der **VdK** hat für das Saarland ein **Umsetzungsmodell** vorgelegt, welches auf seine Realisierung wartet. Auch eine verbindlichere medizinische Versorgung chronisch kranker Menschen, die offensive Nutzung der geriatrischen **Rehabilitation, insbesondere in mobiler Form** und **passende Reha-Angebote für pflegende Angehörige**, wie sie gesetzlich bereits vorgegeben sind, müssen **Regel in der Prävention** werden und dürfen **nicht Ausnahme** bleiben.

Die **kommunalen Gesundheitsämter** mit ihren in Corona-Zeiten **gewachsenen Gesundheitskompetenzen** sind so **weiter zu entwickeln**, dass sie nach Corona „**regionale Kompetenzzentren für mehr Gesundheit**“ werden. Dort müssen „**kompetente Kümmerer**“ platziert sein, die vorrangig die gesundheitliche Prävention von besonders benachteiligten Menschen vorantreiben. Dies wäre auch eine wirkungsvolle **Vorsorge für zukünftige Pandemie-Risiken**.

Pflege neu denken – auf die Menschen hören!

Die Zahl der Pflegebedürftigen im Saarland steigt dramatisch. Neue Prognosen vermelden mindestens 77.000 Pflegebedürftige bis 2030 – deutlich mehr als seit Bestehen der Pflegeversicherung prognostiziert. **Die Versorgungslücke wird immer größer**. Wenn in naher Zukunft nur die bisher praktizierten Personalfindungs- und -Bindungs-Maßnahmen greifen sollen, bewegen wir uns auf einen **gigantischen Versorgungsnotstand** zu. Bereits bis zum Beginn des **nächsten Jahrzehntes fehlen im Saarland alleine in der Langzeitpflege mehr als 2000 Kräfte**.

Der größte **Wunsch der Menschen** ist es, zuhause **in der vertrauten Umgebung alt** zu werden und **auch mit Einschränkungen selbstbestimmt** zu leben. Die Menschen, die in naher Zukunft mit Hilfebedarf alt werden, haben sehr viel mehr Erfahrung im selbstbestimmten Leben als frühere Generationen. Sie fordern eine andere Versorgung. Auch deshalb müssen sich die politischen Entscheider schnellstens auf passende **neue Hilfesettings** konzentrieren, die die **Potenziale der Betroffenen** so lange als möglich **nutzen und aktivieren** und damit auch Antwort auf die dramatischen Versorgungslücken bei den professionellen und familiären Ressourcen gibt. Es ist höchste Zeit, auch im Saarland Versorgungsstrukturen so zu verändern, dass die eigene Wohnung und das vertraute Quartier **gleichwertige Versorgungsorte** werden.

Die Kernaufgabe zukünftiger Pflegepolitik ist deshalb eine **offensive soziale Wohnraumversorgung mit barrierefreien und technikgestützten Wohnungen in „mit-sorgenden Quartieren“** sicher zu stellen.

Unabhängiges Wohnen – wo und wie man will!

Inklusives Wohnen fördern – überall!

Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf wollen und sollen selbst bestimmen können, wo und wie sie wohnen. Der **Bedarf an passendem Wohnraum und die Förderung von inklusivem Wohnen ist im Saarland riesig**. Es geht immer darum, so viel Hilfe wie nötig und so viel Unabhängigkeit wie möglich zu gewährleisten. Der VdK fordert die Landesregierung auf, **Initiativen zur Förderung des inklusiven Wohnens** anzuregen, zu entwickeln und nachhaltig finanziell zu fördern sowie für eine Koordination hier tätiger Akteure und Kostenträger zu sorgen.

In der neuen Legislaturperiode müssen von der Landesregierung dringend **neue Wohnformen** in Stadt und Land **finanziell und organisatorisch entwickelt und unterstützt werden**. Dazu brauchen wir endlich ein **mehnjähriges Landesförderprogramm**, z. B. für echte Mehrgenerationenhäuser mit Wohnangeboten für Jung und Alt, für „Wohnen für Hilfe“, für inklusive Wohnformen für Menschen mit und ohne Behinderung und für die Aktivierung sowie Begleitung sorgender Nachbarschaften und kleiner, flexibler Pflegeeinrichtungen im Quartier. **Alltagsunterstützende Assistenzlösungen müssen in diesen Wohnangeboten ebenso die Regel sein wie die Barrierefreiheit in den Wohnungen und Quartieren.**

Soziale Quartiere schaffen – neue kommunale Pflichtaufgabe

Die hiesigen Gemeinden investieren nur halb so viel wie im Länderdurchschnitt. Darunter leidet die soziale Infrastruktur mit Folgen für die Lebensqualität der Menschen. **Altwerden im Saarland ist mit vielen Einschränkungen verbunden**. Den Kommunen fehlt das Geld, um die notwendige Versorgung im Wohnumfeld bedarfsgerecht zu gestalten.

Die neue Landesregierung muss dringend mithelfen, die **Zugangsmöglichkeiten zur sozialen Teilhabe zu verbessern**. Dazu gehören die parallele – **analoge oder digitale – Vernetzung im Wohnumfeld**, z. B. als „Quartiersplattform“ im städtischen Bereich oder (virtuelle) Dorfgemeinschaft im ländlichen Raum, aber auch die Gewährleistung einer ausreichenden Mobilität und ein **funktionierender E-Health-Zugang zu Ärzten, Pflegekräften und Angehörigen**. Das Modellprojekt „Smart City“ im Landkreis St. Wendel ist diesbezüglich ein nachahmenswertes Beispiel.

Sorgende Gemeinschaften in Wohnquartieren kommen nicht von selbst. Sie brauchen professionelle Impulse ebenso wie motivierende, aktivierende und **befähigende „Kümmerer“**, die das bürgerschaftliche Engagement im Quartier anregen und begleiten sowie sorgende Nachbarschaften am Leben halten. **Eine neue zukunftsgestaltende Aufgabe für die „Sozial-Gemeinde!“**

Barrieren abbauen – mit Digitalisierung Wohnhürden überwinden

84 Prozent aller Seniorenhaushalte im Saarland haben keinen **stufenlosen Zugang** zu ihrer Wohnung. Für Menschen mit Einschränkungen stößt der Verbleib in der **nicht barrierefreien Wohnung oft auf unüberwindbare Hürden**.

Die soziale Wohnraumförderung berücksichtigt derzeit derartige **Handlungsbedarfe der Bevölkerung, die zu mehr als 65 Prozent in der eigenen Wohnung wohnt, nur unzureichend.** Wohnungen im Bestand sind häufig nur mit außergewöhnlichem Aufwand barrierefrei und Technik gestützt umzugestalten. **Die Wohnungsbesitzer und -nutzer brauchen unabhängige Beratung und Hilfe, damit sie mit vertretbarem Aufwand diese Wohnungen anpassen können.** Die Landesregierung muss deshalb eine **unabhängige Wohnberatung fördern, die saarlandweit zugehend und kostenfrei arbeitet und eine professionelle Beratung mit baufachlicher, technischer, gerontologischer und förderrechtlicher Kompetenz anbietet.**

Ebenso sollte die neue Landesregierung eine **landesweite Wohnungsbörse für barrierefreie Wohnungen** schaffen, die Vermietern und Wohnungssuchenden als zentrale Anlauf- und Vermittlungsstelle dient.

Sie sollte weiterhin einen „**Runden Tisch**“ mit **Betroffenenvertretern, der Immobilienwirtschaft, Anbietern alltagsunterstützender Assistenzlösungen, Experten für Barrierefreiheit und den zuständigen Ministerien und kommunalen Körperschaften einrichten,** an dem Handlungsbedarfe frühzeitig definiert sowie Maßnahmen zur Herstellung von barrierefreiem und technikgestütztem Wohnraum regelmäßig evaluiert und angepasst werden. Das „**Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen im Saarland**“ ist dringend wieder zu beleben.

Mehr bezahlbarer Wohnraum – ein Beitrag zum sozialen Frieden

Mieter im Saarland müssen im Durchschnitt **mehr als ein Drittel ihres Einkommens für ihre Wohnung ausgeben.** Dies ist deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt. Die **Zahl der Sozialwohnungen** im Saarland ist in den letzten **15 Jahren um 90 Prozent gesunken.** Dabei ist genug Geld für den sozialen Wohnungsbau vorhanden: Allein für die Jahre 2021/22 steht hierfür ein zweistelliger Millionenbetrag aus Bundesmitteln zur Verfügung, der bei weitem noch nicht eingeplant ist. Die neue Bundesregierung hat zudem eine erhebliche Erhöhung der Fördersummen für die Wohnungsbauprogramme angekündigt. Die Landesregierung muss zielgerichtet die Inanspruchnahme dieser Fördermittel sichern. **An fehlendem Geld muss die soziale Wohnraumförderung im Saarland nicht scheitern.**

Wohnungspolitik vernetzen – benachteiligte Regionen fördern

Die **Wohnungsbau- und Förderpolitik** des Landes muss dringend **mit anderen Politikbereichen verzahnt** werden. Dazu gehören z. B. die **Landesplanung** mit der Aktualisierung der Landesentwicklungspläne, die **Sozialpolitik** mit den besonderen Wohn-Bedarfen sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen, die **Verkehrspolitik** mit der Erreichbarkeit der Wohnquartiere von allen Bürgerinnen und Bürgern, ebenso mit den **kommunalen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbaugesellschaften,** auch zur Stärkung der „**Konversion von Altbaubeständen**“. All diese Ziele und eine verstetigte qualitative und quantitative soziale Wohnraumförderung sollten in der neuen Legislaturperiode in einem **landesspezifischen Wohnraumfördergesetz** geregelt werden.

Familie und Gesellschaft

Gleiche Startchancen für alle – Pandemieverlierer verhindern

Die **Pandemie hat viele soziale Schieflagen verschärft** und gezeigt, wie wichtig ein gutes Bildungssystem ist. Um die **Langzeitfolgen von Schulschließungen** bei den betroffenen Kindern zumindest **abzumildern**, sind **zusätzliche Förderkräfte im Schulsystem** nötig und schnellstens flächendeckend bedarfsgerecht vorzuhalten, damit versäumter Stoff **chancengleich** nachgeholt, Schulabschlüsse erreicht und passende Ausbildungsplätze angestrebt werden können. **Es muss unbedingt verhindert werden, dass das Nachholen von Bildungsinhalten und das Erreichen von Bildungszielen zukünftig noch stärker vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist.**

Um mehr Chancengleichheit beim digitalen Lernen zu gewährleisten, fordert der VdK eine **digitale Mindestausstattung** für alle Schülerinnen und Schüler, eine **bessere technische Infrastruktur an Schulen** und **pädagogische Konzepte**, um sowohl das Lehrpersonal als auch die Schülerinnen und Schüler in der Anwendung der digitalen Angebote zu schulen und um die technische Infrastruktur in den Unterricht zu integrieren.

Kinder- und Familienarmut bekämpfen – mit nachhaltiger Förderung

Im Saarland ist fast jedes vierte Kind von Armut bedroht bzw. betroffen. Dies gilt besonders für Kinder, die in einer alleinerziehenden Familie aufwachsen.

Die von der neuen Bundesregierung angekündigte **Einführung** einer **Kindergrundsicherung** sowie die **Förderung von Schulen in sozialen Brennpunkten** sind aus Sicht des VdK **wichtige Schritte zur Bekämpfung der Kinderarmut**. So wichtig angemessenere **finanzielle Leistungen** für betroffene Familien sind, sie **alleine reichen nicht aus**, um Armut nachhaltig zu bekämpfen und für die Betroffenen **neue Lebenschancen zu eröffnen**.

Die Landesregierung muss mit einem längerfristig angelegten **Landesförderprogramm** gemeinsam mit den betroffenen Kommunen dafür sorgen, **dass alle Kinder aus sozial benachteiligten Wohngebieten und Familien bedarfsgerecht in Schule und Freizeit gefördert** sowie **Schul- und Ausbildungsabschlüsse erfolversprechend angestrebt werden**. Armut und Perspektivlosigkeit dürfen nicht weitervererbt werden!

Es ist normal, verschieden zu sein – gemeinsames Lernen fördern

Die **Inklusion** – d. h. das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung – **in allen Kitas, Schulen und Hochschulen muss verbindlich** auch im Saarland **umgesetzt werden**. Hier gibt es erhebliche Probleme. Der Anteil von Schulkindern an saarländischen Förderschulen ist nach einer Bertelsmann-Studie innerhalb von zehn Jahren kaum zurückgegangen. Ihre Quote lag 2018/19 nahezu unverändert bei zirka vier Prozent.

Um **Inklusion ohne Nachteil für alle betreuten Kinder** voranzutreiben, sind kleinere Klassen und mehr pädagogisches Personal nötig. Bei der **Schulassistenz** ist eine passendere Qualifizierung nötig. Ebenso sind fairere Arbeitsbedingungen geboten, um die förderfeindliche Personal-Fluktuation einzudämmen. Der VdK fordert eine **Pool-Lösung von Assistenzen an den Schulen**, um so Versorgungsengpässe in der Förderung der Kinder bei Krankheit oder Urlaub der Assistenten besser ausgleichen zu können.

Kinderbetreuung verbessern – mehr Entwicklungschancen für alle sichern

Im Saarland muss verbindlich und für die Eltern planbar sichergestellt werden, dass das **Recht auf Kinderbetreuung** ab dem ersten Jahr eingelöst wird. Dazu gehört, dass **Betreuungsangebote – auch am Nachmittag bzw. während der Mittagszeit** – bedarfsgerecht vorgehalten werden. Zudem fordert der VdK **flexiblere Öffnungszeiten** auch zu Ferien- und Randzeiten und den zügigen **Ausbau von gebundenen Ganztagschulen**, damit gleiche Bildungschancen für alle und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. Besonders Alleinerziehende haben dadurch größere Chancen, ihren Lebensunterhalt selbst zu erarbeiten.

An vielen Förderschulen im Saarland ist die Nachmittags- und Ferienbetreuung nicht ausreichend. Deshalb muss auch die **Ganztagsbetreuung an Förderschulen** dringend ausgebaut und die Standards aus den bestehenden Modellprojekten zur Regel werden. **Bei Menschen mit und ohne Behinderung darf es keine Zwei-Klassen-Bildung geben!**

Familien mit schwerbehinderten Kindern – dramatische Versorgungslücken schließen

Für Familien mit schwerbehinderten Kindern in der häuslichen Betreuung wird es immer schwieriger, einen auf Kinderkrankenpflege spezialisierten Pflegedienst zu finden. Im Saarland **fehlt es nicht nur an Pflegekräften für Kinder**, sondern auch an **Kurzzeit-Pflegeplätzen**, die die Familien dringend zu ihrer Entlastung benötigen.

Der VdK fordert die Landesregierung auf, eine **landesweite konzertierte Aktion** mit allen Institutionen zu starten, die für die **Versorgung von schwerbehinderten Kindern** in Familien Verantwortung tragen, mit dem **Ziel, verbindliche Versorgungsstandards** für die medizinische, pflegerische, pädagogische und soziale Förderung zu definieren und zu realisieren. Zur Sicherstellung dieser Versorgung muss die Landesregierung nachdrücklich darauf hinwirken, dass **zwischen den zuständigen Trägern** der Jugendhilfe, der Eingliederungshilfe, der Sozialhilfe, der Kranken- und Pflegekassen **ein Vertrag** zustande kommt, **der die Versorgung bedarfsgerecht und flächendeckend in der eigenen Häuslichkeit sichert.**

Einsamkeit bekämpfen – Betroffenenmitwirkung anregen und sichern

Mit 13,4 Prozent der Bevölkerung hat das **Saarland** die **höchste Einsamkeitsquote** bundesweit. **Einsamkeit macht krank und isoliert.** Die gesellschaftliche Teilhabe sinkt, das soziale Engagement leidet. Deshalb muss die Landesregierung möglichst umgehend ein saarländisches **Landesprogramm gegen Einsamkeit** in Zusammenarbeit mit den kommunalen Gebietskörperschaften sowie dem Landessenoren- und dem Landesbehindertenbeirat entwickeln. Zum Start eines derartigen Programmes fordert der Sozialverband VdK Saarland, einen von der Landesregierung ausgeschriebenen **kommunalen Wettbewerb**, mit dem **beispielhafte Initiativen gegen Einsamkeit** angeregt, präsentiert und verbreitet werden.

Damit die vielfältigen Lebens- und Berufserfahrungen der betroffenen Menschen, insbesondere bei der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes berücksichtigt und ihre Kompetenzen genutzt werden können, fordert der Sozialverband VdK Saarland eine **gesetzliche Regelung zur verpflichtenden Bildung und laufenden Unterstützung von Senioren- und Behindertenbeiräten** in allen saarländischen Kommunen, den Landkreisen und dem Regionalverband Saarbrücken.

Arbeit und soziale Sicherung

Umbrüche gestalten – Zukunft sichern

Die Landesregierung muss darauf hinwirken, dass eine **vorsorgende Industriepolitik** klimafreundliche Arbeitsplätze sichert. Notwendig ist aber auch eine Aufwertung der sozialen Dienstleistungen und der dort vorherrschenden sozialen Berufe in Verbindung mit einer offensiven Förderung der beschäftigungsintensiven Gesundheits- und Sozialwirtschaft. **Eine faire Bezahlung** nach allgemeinverbindlichen Tarifverträgen muss ebenso garantiert werden, wie verbesserte Arbeitsbedingungen und Perspektiven aufbauende Weiterbildungsmöglichkeiten.

Das vom Landtag beschlossene **Fairer-Lohn-Gesetz** mit der **Stärkung der Tarifbindung** ist ein wichtiger **Meilenstein in der Bekämpfung prekärer Beschäftigung**. Der nächste Schritt muss eine rechtssichere Umsetzung durch entsprechende Rechtsverordnungen und die ständige Überprüfung ihrer Regeleinhaltung sein.

Neue soziale Fragen – Kosten solidarisch schultern

So sehr konsequente Beiträge zur Beherrschung des menschengemachten Klimawandels im Interesse aller Menschen nötig sind, so wichtig ist zu verhindern, dass die eingeleiteten Maßnahmen zu massiven sozialen Verwerfung in unserer ohnehin sehr gespaltenen Gesellschaft führen.

Die aktuellen Steigerungen der Energiepreise und der sonstigen Lebenshaltungskosten dürfen deshalb nicht zu dauerhaften zusätzlichen Überlastungen einkommensschwacher Haushalte führen. Um den sozialen Zusammenhalt zu sichern, ist eine **sozial ausgewogene Verteilung der finanziellen Belastungen** nötig. Diese kann durch eine **Klimaprämie mit sozialer Staffelung**, durch die unmittelbare **Senkung der Verbrauchssteuern** oder durch **ausreichende Zuschläge zur Grundsicherung** sowie zum Wohngeld erfolgen. Dafür muss sich die Landesregierung im Bundesrat offensiv einsetzen.

Ein „**soziales Klimapaket**“ muss aus Sicht des VdK zusätzlich **nicht rückzahlbare Zuschüsse** des Staates **zur Installation klimafreundlicher Heizungen und zur energetischen Sanierung** umfassen. Weil **viele Menschen keine Rücklagen** haben, um evtl. Schädigungen ihrer Wohnung durch **klimabedingte Naturkatastrophen** zu beheben, ist eine **solidarisch finanzierte Versicherung gegen Elementarschäden dringend geboten**. Die neue Landesregierung soll die bereits eingeleiteten Maßnahmen schnellstens erfolgreich zu Ende führen.

Aktive Arbeitsmarktpolitik – Alle Potenziale ausschöpfen

Im Saarland wird in fast allen Branchen ein **großer Mangel an Arbeitskräften** beklagt. Die **Potenziale von langzeitarbeitslosen Menschen** mit geringer Qualifikation und von **Menschen mit Behinderung** werden **viel zu selten wahrgenommen, gesichtet und gefördert**. Damit wird eine **bedeutende Chance zur Schließung der Arbeitskräftelücke nicht genutzt**. Das „**Budget für Arbeit**“, das den Wechsel aus den Behinderten-Werkstätten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt unterstützen soll, fristet im **Inklusionsamt ein Schattendasein**. Bisher profitiert von diesem bundesgesetzlich vorgegebenen neuen Förderangebot kaum jemand im Saarland.

Der VdK fordert die Landesregierung auf, das „**Budget für Arbeit**“ **endlich als Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu nutzen**, um damit passende Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung zu finanzieren. Im Saarland fehlt ein zentrales, mit der Wirtschaft, den Verwaltungen und sozialen Institutionen eng vernetztes **Kompetenzzentrum**, das kreativ und offensiv mit dem „**Budget für Arbeit**“ **passende Arbeitsplätze einwirbt und an Betroffene vermittelt**. Die neue Landesregierung muss dringend ein derartiges Zentrum schaffen.

Gleiches gilt für die **Entwicklung einer dauerhaften Förderoffensive für Inklusionsbetriebe**. Ein erster Schritt ist das laufende 5-Mio-Euro-Förder-Programm und die Werbekampagne für die Förder- und Serviceangebote des Inklusionsamtes. Zur kurzfristig nutzbaren Förderung derartiger Sozial-Unternehmen sollte die Landesregierung endlich **öffentliche Ausschreibungen nach den geltenden gesetzlichen Vorgaben** für Inklusionsbetriebe veranlassen.

Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen – kommunale Infrastruktur erhalten

Der saarländische Beschäftigungs-PAKT ist dringend weiterzuentwickeln und zielgenauer auszuweiten. Durch eine verstärkte Verzahnung von öffentlicher Daseinsvorsorge mit öffentlich geförderter Beschäftigung können vermehrt soziale Synergieeffekte erreicht werden.

Die Landesregierung muss sich auf Bundesebene für die gesetzliche Festlegung eines **individuellen Rechtsanspruchs von Langzeitarbeitslosen auf öffentlich geförderte Arbeit** einsetzen. Diese Arbeitsverhältnisse müssen arbeitsrechtlich abgesichert und sozialversicherungspflichtig sein. Mit ihnen soll **unerledigte Arbeit zur Sicherung der öffentlichen Infrastruktur** oder in der Sorgearbeit für hilfebedürftige Menschen erledigt werden. Um den nach wie vor großen Bedarf an derartigen Arbeitsplätzen zu sichern, ist eine zeitliche **Entfristung und der bedarfsgerechte Ausbau des Teilhabechancengesetzes** und des Passiv-Aktiv-Transfers nötig.

Qualifizierung ermöglichen – aber passend!

Gerade vor dem Hintergrund des anstehenden großen ökonomischen und technologischen Strukturwandels muss die Landesregierung gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit, den Jobcentern und den Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften für Langzeitarbeitslose im Land sicherstellen, dass **passende Aus- und Weiterbildungsangebote entwickelt werden**, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere aus den benachteiligten Bildungsschichten und Tätigkeitsbereichen, für neue berufliche Herausforderungen aus- und weiterzubilden. Die **Weiterbildungsberatung** für Beschäftigte in kleinen und mittelständische Unternehmen muss ausgebaut und zugehend organisiert werden.

Aus- und Weiterbildungsangebote für Alleinerziehende – nicht von der Stange!

Alleinerziehende Frauen sind besonders stark von Armut bedroht und betroffen. Neben der Teilzeitfalle ist die **mangelnde Ausbildung ein zentraler Armutsgrund**: Fast zwei Drittel der arbeitslosen Alleinerziehenden haben keinen Schul- und Ausbildungs-Abschluss. Sie sind besonders häufig langzeitarbeitslos. Der VdK Saarland fordert **kreative Landesprogramme**, um diese Menschen beruflich mit Beschäftigungsperspektiven zu qualifizieren. Diese Angebote sollten an die **besonderen Bedürfnisse von Alleinerziehenden angepasst sein**, etwa durch das integrierte oder vorangestellte Nachholen und Auffrischen von Bildungsabschlüssen, durch Ausbildungsverlängerung wegen langer Lernentwöhnung und in Bezug auf die nötige Kinderbetreuung.

Inklusion und soziale Infrastruktur

Bus und Bahn für alle – sozial-ökologisch wichtig!

Obwohl Bus und Bahn seit 2022 komplett barrierefrei sein müssen, ist das **Saarland** immer noch **bundeweites Schlusslicht bei barrierefreien Bahnhöfen**. Im Saarland ist es derzeit unmöglich, eine Fahrt unter Berücksichtigung von Barrieren, die einem an den Haltestellen begegnen können, zu planen. **Fahrgäste mit Einschränkungen brauchen im Vorfeld einer Reise verlässliche Informationen zu sie möglicherweise behindernden Barrieren**. Auf den Seiten des SaarVV muss die Möglichkeit geschaffen werden, sich **Routen unter Berücksichtigung unterschiedlicher Einschränkungen** anzeigen zu lassen. Beim SaarVV ist ein **Fahrgastbeirat** einzurichten, in dem auch Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen angemessen vertreten sind.

Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass das **Saarland in den Programmen des Bundes zur barrierefreien Verkehrsinfrastruktur stärker berücksichtigt** wird. Das neue Programm der Landesregierung und der Deutschen Bahn zum Abbau von Barrieren ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, reicht aber bei weitem nicht aus. Die Landesregierung muss die **Barrierefreiheit im ÖPNV noch stärker fördern** und die ambitionierten **Ziele im Verkehrsentwicklungsplan schnellstmöglich umsetzen**.

Kommunen müssen stärker motiviert werden, das **Bushaltestellen-Umbauprogramm** der Landesregierung zu nutzen und mit Eigeninitiativen auch das **kommunale Umfeld von Haltepunkten barrierefrei gestalten**.

Barrierefreien Zugang sichern – auch bei digitaler Kommunikation

Besonders schlecht ist der barrierefreie **Zugang zu sozialen Dienstleistungen im öffentlichen Raum**, insbesondere für Menschen mit eingeschränkten Sinneswahrnehmungen. Sie können elektronische Medien häufig nicht nutzen.

Die Landesregierung muss für verbindlichere Pflichten eintreten, dass **alle Anbieter öffentlich nachgefragter Dienstleistungen diese barrierefrei vorhalten müssen**. Diese Pflicht muss auch für Arzt- und Therapiepraxen, für Apotheken und Sanitätshäuser sowie für Anbieter von Internetdiensten gelten. Eine Nichterfüllung der Vorgaben muss sanktioniert werden. Die **Information über den Stand der Barrierefreiheit bei Praxen und Apotheken darf nicht länger den Betreibern selbst überlassen** bleiben. Hier muss unabhängig überprüft und öffentlich kommuniziert werden.

Bessere Versorgungsbedingungen für Menschen mit Eingliederungsbedarf – jetzt!

Menschen mit Behinderungen werden dank des medizinischen Fortschritts immer älter, so dass der **Versorgungsbedarf steigt**. Gleichzeitig sinkt durch die demografische Entwicklung und der wenig attraktiven Pflege- und Betreuungsberufe die Zahl der für sie sorgenden Kräfte.

Die Landesregierung muss dringend darauf hinwirken, dass **Einrichtungen der Eingliederungshilfe bedarfsgerecht mit Personal ausgestattet** werden und für diese erfüllenden Arbeitsplätze durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen öffentlich mehr geworben wird. Die **Ausbildung zur Heilerziehungspflege ist attraktiver zu gestalten und auszubauen**. Dazu müssen Sozial- und Bildungsministerium endlich zu einem abgestimmten Vorgehen kommen.

Zu viele Menschen, die Anträge wegen einer Behinderung beim **Landesamt für Soziales** stellen, machen die **Erfahrung**, dass die **Bearbeitung unangemessen lange dauert** und die Entscheidungen nicht immer den gesetzlichen Vorgaben entsprechen. Die neue Landesregierung muss dringend **das Landesamt für Soziales mit mehr und besser qualifiziertem Personal ausstatten**, zur besseren Ressourcennutzung eine Regionalisierung seiner Aufgabenwahrnehmung vorantreiben und die Digitalisierung der Arbeitsprozesse qualifiziert sicherstellen.

Jüngere Pflegebedürftige fokussieren – Versorgungslücken schließen

Weil es zu wenig passende Versorgungsangebote in der Eingliederungshilfe gibt, sind saarlandweit **mehr als 600 jüngere hilfebedürftige Menschen nicht sachgerecht in Pflege-Einrichtungen für Senioren untergebracht**. Um die in diesen Einrichtungen hohen Eigenanteile aufzubringen, sind viele junge Menschen mit Behinderungen auf Hilfe zur Pflege angewiesen, so dass für sie geringere Freigrenzen gelten und ihre Ersparnisse schnell aufgebraucht sind. **Dauerarmut ist die Folge**.

Die saarländische Landesregierung muss schnellstens dafür sorgen, dass die **bedarfsgerechte Versorgung für hilfebedürftige jüngere Menschen mit Behinderungen** oder chronischen Erkrankungen sachgerecht und altersgemäß sichergestellt wird. Zur Aufrechterhaltung ihrer familiären und sozialen Kontakte sind passende Versorgungsangebote wohnortnah zu organisieren. Damit diese Menschen im eigenen Zuhause wohnen bleiben können, müssen **ambulante Dienste, betreute Wohnformen und sozialraumorientierte Hilfestrukturen dringend mit sicheren Zukunftsperspektiven landesweit ausgebaut** werden.

Benachteiligung verhindern – Teilhabe sichern – gerade in Krisenzeiten

In der Pandemie sind Menschen mit Behinderungen u. a. durch soziale Isolation aufgrund von Besuchsverboten oder verweigertem Zugang zu Geschäften **vielfältig benachteiligt worden**. Die Landesregierung muss für die Zukunft dafür Sorge tragen, **dass Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen in einer Pandemie nie mehr zusätzlich benachteiligt werden**. Der **barrierefreie Zugang** zu Impf- und Teststationen muss ebenso gewährleistet werden, wie die **technikgestützte Kommunikation** mit Verwandten, Freunden sowie Beratungs- und Therapiediensten.

Deshalb ist für stationäre Pflege- und Behinderteneinrichtungen eine **gesetzliche Vorgabe zur Sicherstellung einer technischen Ausstattung**, etwa durch WLAN und Tablets, dringend geboten. Die öffentlichen Förderprogramme zum Ausbau der digitalen Infrastruktur müssen so gestaltet werden, dass sie auch von privaten, öffentlichen und gemeinnützigen Trägern der Sozialwirtschaft genutzt werden können.

Der Wohnort darf keine Falle sein – gleichwertige Lebensverhältnisse überall

Auch der Wohnort kann soziale Nachteile bewirken. In kleinen Dörfern muss die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfes, mit kurz getakteten barriere- und kostenfreien Anbindungen an die nahen Bildungs-, Freizeit-, und Alltagsversorgungszentren und die barrierefreie Nutzung von Dienstleistungen, wie z. B. von Bank- und Postdienstleistungen, möglich sein. Der Wohnort darf keine Falle werden.

Saarbrücken, im Februar 2022